



Nordstr. 70
18107 Elmenhorst
Telefon 0381-5105300
Telefax 0381-5105455
Mobil 0177-3576035

Steuer-Nr. 079/261/09280
E-Mail: arno.reis@kabelmail.de
www.agrar-mv.de

Wochenlange Bauernproteste – und was ist das Ergebnis?

Es sollte einen heißen Januar geben, wenn die Streichung von Agrardiesel und landwirtschaftlicher KFZ-Steuerermäßigung nicht zurückgenommen werden. Die Mobilisierung war überraschend groß, die Bevölkerung bestaunte den riesigen, teuren Maschinenpark auf den Demos. Interessant war die Ausweitung der Proteste in Richtung übermäßige Bürokratie, Bürokratieabbau - und damit solidarisierten sich auch der Mittelstand sowie alle, die sich abgehängt fühlen. Und die Protestwelle schwappte über auf fast die gesamte EU. Die Geister, die ich rief?

Interessanterweise scheint bisher niemand die Kosten der Landwirte für ihre Demos berechnet zu haben: Zeit und Arbeitsaufwand, Materialien und Ressourcen, Transport und Verpflegung, Abschreibung von Geräten und Fahrzeugen. Auch mögliche (Steuer)Strafverfahren wegen der Nutzung von Fahrzeugen mit grünem Nummernschild und eventueller Beantragung von Dieselerückvergütung sind nicht (noch nicht) bekannt.

Die Agrardieselsubvention wurde nicht sofort gestrichen, sondern der Fortfall wurde auf drei Schritte verteilt. Der Plan, die Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Fahrzeuge zu streichen, verschwand still und leise. Die EU reagierte relativ schnell, indem sie zum Ärger von Minister Özdemir Teile des Green Deal zunächst stoppte. Ist das Glas nun halbvoll oder halbleer? Es ist wohl eher zu zwei Drittel leer.

So pompös Demos, so minimalistisch wurden mögliche Entlastungen in die Ferne, auf Gremien, verschoben. Das jetzt, nach einem halben Jahr, beschlossene Entlastungspaket ist rachitisch. Die steuerliche Gewinnglättung über 3 Jahre schließt alle (besonderen in den neuen Bundesländern dominierenden) Kapitalgesellschaften einschließlich Genossenschaften aus - aber gerade diese waren mit ihren landwirtschaftlichen Fahrzeugen an vorderster Stelle zu finden.

Das Beklagen einer fehlenden - steuerfreien- Risikoausgleichsrücklage ersetzt keine Eigeninitiative. Natürlich kann man sie statt nicht unbedingt notwendiger Investitionen bilden – man versteuert zwar die Bildung in guten Zeiten, man löst die Rückstellung aber in schlechten Zeiten (steuerfrei) auf.

Die Anwendung von Artikel 148 der Gemeinsamen Marktordnung ist eher ein Rückschritt, denn er greift in die unternehmerische Freiheit der Milcherzeuger ein.

In Sachen Bürokratieabbau wurden auf lokalen Ebenen viele Vorschläge gemacht und den zuständigen Ministerien übergeben, die sie wiederum an das Bundeskabinett weiterleiteten. Was ist daraus geworden? Das aktuelle Versprechen des Bürokratieabbaus ist bestenfalls eine Taube auf dem Dach.

Die Taktik der Verzögerung ist plausibel: in vielen Bundesländern stehen Wahlen an; und wer weiß jetzt schon, welche Couleour die Minister nach den Wahlen haben werden?

Das Wahlergebnis zum EU-Parlament ist ein Politknaller. Lag der AfD-Anteil der Landwirte bei früheren Wahlen bei 50 % der Gesamtbevölkerung, so liegt er jetzt über dem der Gesamtbevölkerung. Eine Folge des angekündigten „Heißen Januar“ und der dadurch gerufenen Geister?

In einem Interview mit der FAZ droht Rukwied schon mit dem nächsten Bauernkrawall: „Wenn die Ukraine sofort der EU-Beitritt, stirbt unsere familientragende Landwirtschaft“. Bekanntlich wird nichts so heiß gegessen, wies gekocht wird.